

Ärger um den Zapfhahn an der Solartankstelle

EN 31.05.2021

BUCKENHOF Gemeindeprojekt ist durch Fremdtanker an der Stromzapfstelle gefährdet. Rechtliche Hürden verhindern eine einfache Lösung.

BUCKENHOF - Schon 2012 war Buckenhof Vorreiter bei der E-Mobilität: Als eine der ersten Gemeinden in Deutschland beschloss man einstimmig die Anschaffung eines Elektroautos und die Errichtung einer Doppelladesäule mit Solarzellen. Dabei war ein Ladepunkt dauerhaft für das kommunale E-Auto vorgesehen, das über den Verein „Carsharing Erlangen“ vermietet wird.

Vor sechs Jahren wurde das Projekt erweitert, nachdem sich auch Spardorf und Uttenreuth anschlossen und auch dort jeweils eine Doppelladesäule installiert wurde. Auch die E-Fahrzeuge wurden in das Buchungssystem von DB-Connect, einer Carsharing-Plattform, eingegliedert.

So werde „konkret und praxisnah die Tauglichkeit und Verfügbarkeit von Elektromobilität und Share Economy erfahrbar“, wie die Gemeinde sagt, was wiederum die Bereitschaft

erhöhe, „die aufgrund des Klimawandels notwendigen Umstellungsschritte zur Reduzierung von CO₂ mitzugehen“.

Doch sieht die Gemeinde neuerdings ihr Angebot bedroht. Denn weil immer mehr sich ein eigenes Elektroauto anschafften, ein flächendeckendes Ladenetz aber fehlt, erhöht sich der Druck auf die Ladepunkte der Säule am Hallerhof. Trotz ausdrücklicher Hinweise auf das Carsharing-Fahrzeug wird auch dieser Ladepunkt „immer öfter von privaten Fahrzeugen mit teilweise großen Akkukapazitäten für mehrere Stunden blockiert“, so die Gemeinde. Der Carsharing-Nutzer könne bei Rückkehr mit dem gemeindlichen E-Auto den Lade-Parkplatz nicht mehr ansteuern. Ohne Ladestrom werde das Elektromobil aber nutzlos, zumal es unmöglich sei, immer wieder nachzuschauen, wann der private Parker vielleicht fertig geladen hat. Das wie-

derum erzeuge nicht nur Ärger, sondern auch Folgekosten durch Umsatzausfall, Umbuchung oder Taxifahrten. Die UBB-Räte Manfred Reinhart, Christine Altmann, Robert Seeböck und Katja Dalkowski forderten daher, einen Ladepunkt mit einem abschließbaren Pfosten zu sichern.

Im Grunde stimmten alle übrigen Gemeinderatsmitglieder zu. Bürgermeisterin Astrid Kaiser (SPD) bestätigte die „ungünstige Situation“, berichtete aber von ihren Erkundigungen, wonach wegen der Bundeszuschüsse „die Allgemeinheit Zugang haben muss“ und deshalb eine Sperrung des Carsharing-Ladepunktes rechtlich nicht möglich sei. Man sei seitens der Verwaltung aber in Bezug auf die Lade-Infrastruktur dabei, sich „komplett neu aufzustellen“. Mit eigenen, kommunalen Ladestationen könne man „nach Belieben“ umgehen – was sie als Beispiel angesehen haben wollte für ihre Bitte



Foto: Helmut Bauerreis

Immer häufiger ist die linke Zapfsäule des Gemeindefahrzeugs belegt.

nach „mehr Zeit“. SPD-Rat Hans-Jürgen Kaiser bestätigte, dass das „Problem erkannt“ sei, man sich aber „in

der Findungsphase“ befinde und der Forderung der UBB nach Sperrung deshalb nicht zustimmen könne. Dem widersprach Christine Altmann (UBB) unter Verweis auf die geringen Zuschüsse und forderte Ladesäulen „nur für die eigenen Bürger“.

FW-Fraktionssprecher Hermann Landes warf die Idee einer neuen kommunalen Ladesäule in den Raum, die dann exklusiv an den Carsharing-Verein vermietet werden könne – auch nach Einschätzung der Bürgermeisterin eine Lösung. Nachdem sich nach intensiver Diskussion die UBB-Fraktion nicht dazu entschließen konnte, den Antrag zurückzuziehen, wurde dieser wegen der juristischen Problematik gegen deren sowie die Stimme von SPD-Rat Manfred Schmidt mit großer Mehrheit abgelehnt. Das Problem soll aber nach den Worten von Astrid Kaiser demnächst wieder behandelt werden.

HELMUT BAUERREIS